

Für den politischen Theil:
C. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes:
J. Steinbach,
für den übrigen redakt. Theil:
S. Schmiedehaus,
sämmtlich in Posen.

Verantwortlich für den
Anzeigenteil:
F. Klugkist in Posen.

Posener Zeitung

Siebenundneunzigster

Jahrgang.

Nr. 790

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentags drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Dienstag, 11. November.

1890

Anzeiger, die schlagzeilige Zeitungs- oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an den Sonntagen und Festtagen 40 Pf. entrichten. Die Anzeiger in der Morgenausgabe bis 8 Uhr Vormittags, in der Mittagsausgabe bis 2 Uhr Nachm., in der Abendausgabe bis 6 Uhr Nachm. angenommen.

Amtliches.

Berlin, 10. Nov. Der Kaiser hat den Königlich preussischen Landrichter Grzymacz bei dem Landgericht I. zu Berlin zum Regierungsrath und ständigen Hilfsarbeiter im Reichs-Justizamt ernannt; dem Landgerichtsrath Wolff in Mülhausen die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienst des Reichslandes mit Pension ertheilt; ferner den Amtsgerichtsrath Peters in Mülhausen unter Verleihung des Charakters als Landgerichtsrath zum Richter bei dem Landgericht in Mülhausen ernannt; sowie den Amtsrichter Krieglstein vom Amtsgericht in Waffelnheim an das Amtsgericht in Mülhausen und den Amtsrichter Dr. Wallmann vom Amtsgericht in Sierenz an das Amtsgericht in Waffelnheim in gleicher Eigenschaft versetzt.

Der Vektor und Privatdozent Dr. Levy in Straßburg ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Kaiser-Wilhelms-Universität Straßburg ernannt worden.

Der König hat dem Gehilfen-Direktor Dr. Grabenke zu Wictrath und dem Gehilfen-Direktor von Rathhufius zu Birke den Rang der Räte vierter Klasse verliehen.

Der bisherige Privatdozent Dr. Bunge zu Halle a. S. ist zum außerordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der Universität Halle-Wittenberg ernannt, dem Oberlehrer am Friedrich-Wilhelms-Gymnasium zu Berlin Dr. Wagner und dem Dr. Phil. Quibbe aus Bremen, zur Zeit in Berlin, ist das Prädikat „Professor“ beigelegt worden.

Der Hilfslehrer Zendruschke vom Schullehrer-Seminar zu Angerburg ist unter Beförderung zum ordentlichen Seminarlehrer an das Schullehrer-Seminar zu Br. Eylau versetzt worden.

Deutschland.

Berlin, 10. Nov. Die Agrarier fassen den Stier bei den Hörnern. Die heute begonnene Sitzungsperiode des Handelsökonomikollegiums wird vermuthlich Klarheit bringen über die Pläne, die auf Herabsetzung der Getreidezölle abzielen, und die Agrarier sind es, die die Regierung zum Sprechen bringen. Der Antrag des Landesdirektors der Provinz Hannover, der heute Abend veröffentlicht wird, bedeutet die schärfste Formulierung der Ansprüche des Großgrundbesitzes. Keine Ermäßigung der Getreidezölle! Keine Herabsetzung der angeblich „zu niedrigen“ Viehzölle! Keine Aufhebung der Viehsperre! So ertönen die Forderungen aus dem agrarischen Lager, und Herr v. Lucius hat vielleicht seine Freude daran. Denn es ist das Echo seiner eigenen Wünsche, das ihm aus diesem rücksichtslos energischen Antrage entgegenbringt. Indessen wird der Landwirtschaftsminister, ob er es auch mit noch so schwerem Herzen thun mag, dem Landesökonomikollegium sagen müssen, welches die Absichten der Staatsregierung sind. Gerade, weil er im Lager der Gegner aller Ermäßigungen und Milderungen steht, werden seine Erklärungen als der Ausdruck eines tatsächlichen Zustandes von Bedeutung sein. Die Mitglieder des Kollegiums speisen morgen Abend mit dem Kaiser beim Herrn v. Lucius. Möglich, daß sie bei dieser Gelegenheit erfahren, wie der Kaiser über die schwerwiegenden Fragen der Verbilligung der nothwendigsten Lebensmittel urtheilt. Die Schlüsse übrigens, die aus dem Besuche des Kaisers beim Landwirtschaftsminister auf die Stellung des letzteren gezogen wurden, werden in der Umgebung des Ministers ausdrücklich abgelehnt. — Ergötzlich ist die Art, wie das Hauptorgan der Rechtskonferenzen, die „Kreuzzeitung“, Nationalliberale und Centrum gleichzeitig von sich abhängig machen will. In Nr. 524 vom letzten Sonnabend wurde den Nationalliberalen zugerufen: „Hütet Euch!“ In einer Korrespondenz aus Karlsruhe hieß es nämlich an die Nationalliberalen im Wahlkreise des Herrn Menzer: „Sie mögen bedenken, daß selbst im Falle einer Neuwahl der Wahlkreis ihnen nicht zufallen dürfte, sondern daß Herr Menzer, sobald die Nationalliberalen gegen ihn sind, wohl mit Hilfe des Centrums wieder gewählt werden würde, was doch die Nationalliberalen nicht wünschen werden.“ Das einseitige aufs Warten angewiesene Centrum wird in der folgenden Nummer (vom Sonntag Morgen) vorläufig mit einem theoretischen Lob abgefunden: „Das Centrum hat sich auch in seinen vorgeschrittensten Organen an der Agrarierhege nie betheiligt, und nun darf es (in Würzburg) die Früchte seiner Umsicht ernten. Heute steht es als diejenige Partei im Besonderen da, welche dem Ansturm von links gewachsen ist, das Kommen nicht zu fürchten braucht.“ Gelegentlich kommt aber auch für das Centrum statt des Zuckerbrotens wieder die Peitsche in Anwendung; dann geht es nach der Melodie: „Hübsch artig, sonst lieb' ich den nationalliberalen Knaben.“ — Ueber den Rückgang der sozialdemokratischen Wahlstimmen in Würzburg hat sich das Partei-Organ noch nicht geäußert. Das „Volksblatt“ hatte, wenn nicht auf einen Sieg im ersten Wahlgange, so doch bestimmt auf die stärkste Stimmenzahl von allen Parteien gerechnet. Grund und Bedeutung des Stimmenrückganges sind vollkommen klar. Bei den allgemeinen Wahlen führt die Erregung, welche sich von den eifrigen Mitgliedern aller Parteien auf die entfernteren Massen der Wähler fortpflanzte, viele Leute an die Wahlurne,

welche bei der Abstimmung lediglich ihre Unzufriedenheit mit ihrer wirtschaftlichen Lage oder mit irgend welchem Theile der Staatsthätigkeit ausdrücken wollen. Im übrigen aber ist das politische Interesse dieser Leute so gering, daß sie bei Nachwahlen, wo jenes Moment der allgemeinen Erregung fortfällt, überhaupt nicht zur Wahl gehen.

— Ueber den von uns telegraphisch kurz erwähnten Erlaß des Kaisers über das Unterrichtsweisen schreibt die „Nat. Ztg.“: Der Erlaß ist schon älteren Datums — er dürfte noch vor dem Rücktritt des Fürsten Bismarck ergangen sein —, ist aber bisher nicht bekannt geworden. Das umfangreiche Schriftstück betrifft sowohl den höheren, als den Volksschul-Unterricht. Es finden sich manche Anklänge an den bekannten Erlaß über den Unterricht in den Kadettenanstalten darin, so namentlich das Verlangen, daß beim Religionsunterricht das Auswendiglernen eingeschränkt und aller Nachdruck auf die sittliche Seite des Unterrichts gelegt werden soll. Für die höheren Schulen wird u. A. die Fortführung des Unterrichts in der deutschen, resp. preussischen Geschichte bis auf die neueste Zeit verlangt. Die Schüler sollen erfahren, daß die preussischen Könige immer für die bedrückten Klassen gesorgt haben: wie am Anfang des Jahrhunderts durch die Befreiung der Bauern, so im letzten Jahrzehnt durch die sozialpolitische Reichs-Gesetzgebung. Die Schule soll an der Bekämpfung der Sozialdemokratie Theil nehmen, indem sie die künftigen Staatsbürger befähigt, die sozialistischen Irrlehren als solche zu erkennen. Zu diesem Zwecke sollen auch die Volksschullehrer in den Seminarien mit den wichtigsten Lehren der Volkswirtschaft bekannt gemacht werden. Dies sind nur einige aphoristische Mittheilungen aus dem Erlaß, dessen Veröffentlichung wohl im Hinblick auf die bevorstehende Untersuchung über das höhere Schulwesen angeordnet ist. — Wir knüpfen hieran noch die Bemerkung, daß merkwürdigerweise alles, was sich auf die demnächst zusammentretende Enquete-Konferenz zur Reform des höheren Schulwesens bezieht, bis jetzt noch in ein geheimnißvolles Dunkel gehüllt ist. Nur die Namen einiger Teilnehmer sind bekannt geworden; man weiß aber noch nicht, ob bei der Auswahl der Teilnehmer auf alle politischen Parteien Rücksicht genommen worden ist, ebenso wenig ist eine Veröffentlichung des Programms der Verhandlungen erfolgt. Ueber die in die Interessen weiter Kreise tief einschneidende Ertheilung des Freiwilligenzeugnisses ist nur die Andeutung gemacht worden, daß der Kultusminister mit dem Kriegsminister sich über eine neue Art dieser Ertheilung geeinigt habe. Wir halten es doch für dringend erforderlich, daß der öffentlichen Meinung Gelegenheit geboten wird, sich über alle diese Punkte schon vorher zu informieren. Hoffentlich geschieht dies noch.

— In den Verhandlungen zwischen Deutschland und England betreffs Regelung der Grenze bei Kamerun ist, so berichtet die „Allg. Reichs-Korr.“, in letzter Stunde eine Unterbrechung eingetreten. Der englische Kommissar Major Macdonald wurde am Sonnabend telegraphisch nach London gerufen, um Lord Salisbury über die Frage Vortrag zu halten. Major Macdonald ist gestern abgereist. Nicht ausgeschlossen ist, daß Major Macdonald überhaupt nicht mehr zurückkehrt und daß die weiteren Verhandlungen in London zwischen dem deutschen Botschafter, Grafen Hagfeld, und Lord Salisbury direkt geführt werden. Man zweifelt nicht, daß dieselben baldigst zu einem befriedigenden Abschluß gelangen werden.

— Die Aufhebung des Einfuhrverbots von Schweinefleisch und Wurst aus Skandinavien beschäftigt bekanntlich gegenwärtig den Bundesrath. Nach der Begründung der betreffenden Verordnung hat die dänische Regierung auf Anfrage sich bereit erklärt, die nach Deutschland bestimmten Thiere vor ihrer Verladung durch einen beeideten Thierarzt untersuchen zu lassen; in Schweden besteht eine Verordnung, welche wenigstens für die hauptsächlichsten Exportsorte eine ähnliche Untersuchung vorschreibt.

Bochum, 10. Nov. Wie man dem „B. B. C.“ mittheilt, sagte der Delegirte Markgraf auf der gestern in Witten stattgehabten Bergarbeiter-Versammlung, die Bergleute würden den Kaiser in seiner Sorge um die Arbeiter unterstützen. Die Lage sei wieder wie vor dem Ausstände. Wenn die Arbeitgeber nicht endlich Ernst machen mit der Besserung, so müsse man einen neuen Ausstand versuchen. Der Bergarbeiter-Verband, welcher dieserhalb gegründet worden, müsse mehr ausgebaut werden und mehr Fühlung mit den übrigen Revieren nehmen.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien, 10. Novbr.** Wie mitgetheilt wird, betrachtet man den Aufenthalt des Zarewitsch als einen dem Kaiser abgestatteten „Separatbesuch“ und nicht bloß als einen auf der Durchreise unerlässlich gewesenen Höflichkeitsakt. Der Zar hat dem Thronfolger nur für den Wiener Aufenthalt das Ablegen des während der weiteren Dauer der Reise streng zu beobachtenden Inkognitos gestattet. In diplo-

matischen Kreisen wird auf diese Unterscheidung ein großes Gewicht gelegt. — Auch in Rumänien bildet sich eine irredentische Partei, die aber vorläufig nur in Studentenkreisen Anklang findet; der Zweck derselben ist die Losreißung der in Ungarn lebenden 2 1/2 Millionen Rumänen. Ein Manifest in deutscher und französischer Sprache soll im Interesse der Propaganda in ganz Europa verbreitet werden. Dahingegen ist die Ausöhnung der Siebenbürger Sachsen mit Ungarn vollständig. Die Regierung wird demnächst den längst gehegten Wunsch der Sachsen erfüllen und zwei der von ihnen bewohnten Komitate, das Schäßburger und Bistritzer, mit Obergespanen sächsischer Abkunft, nämlich den bisherigen Reichstagsabgeordneten Guido v. Baufnern und Karl Flügger besetzen.

Parlamentarische Nachrichten.

L. C. Berlin, 10. Nov. Die heutige Sitzung der Kommission für die Gewerbenovelle wurde mit der Berathung des § 139 b ausgefüllt, welcher die Aufsicht über die Ausführung des Gesetzes (Fabrikinspektoren) regelt. Die Regierungsvorlage untersteht sich von dem bestehenden Gesetz nur dadurch, daß den Aufsichtsbearbeitern das Recht zur Revision der Anlagen (nicht nur der Fabriken) zustehen soll. Nach eingehender Diskussion wurde die Regierungsvorlage mit dem von den Abg. Hise und Stumm beantragten Zusatz angenommen, welcher die Arbeitgeber verpflichtet, den genannten Beamten oder den Polizeibehörden in den dafür festgesetzten Fristen und Formen diejenigen statistischen Mittheilungen über die Verhältnisse ihrer Arbeiter zu machen, welche vom Bundesrath oder von der Landes-Zentralbehörde vorgeschrieben werden. Der Handelsminister v. Verplech hatte sich mit diesem Antrage einverstanden erklärt. Von freisinniger Seite (Dr. Hirsch) und vom Abg. Bebel waren weitergehende Anträge eingebracht worden, welche die Rechte der Gewerbeinspektoren erweitern (Erlaß von Strafmandaten) und die Bestellung eines Reichsgewerbeinspektors, bez. die Errichtung eines Reichsgewerbeamts mit kollegialer Besetzung bezwecken. Der Handelsminister bekämpfte diese Anträge. Dem Zentralisationsbedürfnis werde durch den Bundesrath genügt. Abg. Schmidt-Eberfeld sprach sich für die Errichtung von Reichsgewerbebehörden bez. eines Reichsarbeitsministeriums mit guter Ausstattung an technischem Hilfspersonal aus. Der Handelsminister hofft, daß die Fabrikinspektoren an amtlicher Stellung und Gehalt so ansehnlich in den Einzelstaaten, insbesondere in Preußen ausgestattet würden, wie solches in dem nächsten preussischen Etat beantragt werde.

— Wie der „L. C.“ berichtet wird, stößt der Vorschlag, daß der Reichstag seine Plenarsitzungen mit Rücksicht auf die bevorstehenden Verhandlungen des preussischen Landtags bis nach Neujahr vertagen möge, an der entscheidenden Stelle auf Bedenken. Ueber den Tag des Zusammentritts des Reichstags ist noch immer keine Bestimmung getroffen.

Aus dem Gerichtssaal.

* **Posen, 10. Nov. [Strafkammer.]** Unter 2. Juli d. J. brachte die „Posener Morgenzeitung“ die Mittheilung, daß der Bürgermeister der Stadt Neustadt bei Ponne wegen großer Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung seiner Aemter als Bürgermeister, Amtsanwalt und Standesbeamter entsetzt worden sei. Bürgermeister Karasiewicz, der seit langen Jahren noch bis heutigen Tages seines Amtes in Ehren waltet, stellte wegen dieser Nachricht den Strafantrag und der verantwortliche Redakteur der „Posener Morgenzeitung“ Gustav Haffe von hier wurde angeklagt, in Bezug auf den Bürgermeister Karasiewicz nicht erweislich wahre Thatsachen, welche denselben verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet sind, verbreitet zu haben. Angeklagter giebt die Beschuldigung zu und führt an, daß er die Mittheilung von einem Herrn erhalten habe, den er sonst als zuverlässig gekannt habe. Nachdem er von der Regierung in Kenntniß gesetzt worden, daß die in die Zeitung aufgenommene Nachricht eine irrige sei, habe er eine Berichtigung aufgenommen. Angeklagter legte auch die Nummer 196 des von ihm vertretenen Blattes vor, in welchem er seinem großen Bedauern über den vorgekommenen Irrthum Ausdruck giebt und darauf hinweist, daß eine Verwechslung mit einer anderen Provinzialstadt unserer Provinz stattgefunden habe. Mit Rücksicht hierauf verurtheilte der Gerichtshof den Angeklagten zu zwanzig Mark Geldstrafe, im Unvermögensfalle zu vier Tagen Gefängniß und sprach dem Beleidigten, Bürgermeister Karasiewicz, die Befugniß zu, die Verurtheilung des Angeklagten zu veröffentlichen.

Vermischtes.

* **Aus der Reichshauptstadt.** Um „den Kaiser zu sprechen“, kommen fast jede Woche Personen oft von weit her nach Potsdam. Meistens sind es Leute, die mit ihren Angelegenheiten in allen Instanzen abgewiesen sind und nun ihre letzte Hoffnung auf den Kaiser setzen. Die Leute glauben, daß es leicht möglich sei, bei dem Kaiser eine Audienz zu erlangen, um ihre Anliegen persönlich vorzutragen. Das ist aber eine durchaus irrige Annahme, und enttäuscht reisen diese Personen nach Hause, nachdem sie alle möglichen Schritte gethan, um eine Audienz zu erwirken. Vor einigen Wochen war beispielsweise eine Frau aus Meisse in Potsdam, welche, nur um Reisegeld zu erlangen, ihre Nähmaschine verpfändet hatte. Sie wollte für ihren Mann um Wiederanstellung im Eisenbahndienst, aus dem er entlassen, bitten und wartete, nachdem ihr eine Audienz beim Kaiser abgelehnt, mehrere Tage auf die Gelegenheit, dem Monarchen das Bittgesuch in den Wagen zu werfen, welche sich indessen auch nicht bot. Am jüngsten Sonnabend waren zwei alte Leute, Mann und Frau, aus dem Kreise Schlochau (Westpreußen) in Potsdam. Der Mann hatte einen Stelzfuß und ging an Krücken. Er war vor

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von B. Deder & Comp. (A. Köstel) in Boien.